Datum:	05. August 2013
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Altenpflege trotzt dem Sparzwang

Altenpflege trotzt dem Sparzwang

Der Bau von Pflegeheimen ist gestoppt. Zunehmender Betreuungsbedarf steigert Sozialkosten dennoch. Neue Organisationsformen sind nötig.

Foto © APA/Gindl

Strukturschwaches Land mit negativer demografischer Entwicklung – diese Situation Kärntens schlägt sich in der Finanzierung des Sozialbereiches deutlich nieder. Nach dem Burgenland hat Kärnten den höchsten Anteil an Einwohnern über 75 Jahren (50.000, das sind neun Prozent der Gesamtbevölkerung), österreichweit den höchsten Anteil an Ausgleichszulagenempfängern und Pflegegeldbeziehern, die über 80 Jahre alt sind. Die Kosten für stationäre und mobile Pflege, die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt und das Rettungswesen steigen jährlich, machten 2011 rund 350 Millionen aus und sind heuer mit 375 Millionen veranschlagt.

Andere Finanziers

Landeshauptmannstellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) sieht angesichts dieser Entwicklung den Sozialbereich als "nicht den geeignetsten Bereich" an, wo die Einsparziele in dem geplanten Ausmaß erreicht werden können. Die Koalition von SPÖ, ÖVP und Grünen will für das Budget 2014 zehn Prozent und bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2017 insgesamt 25 Prozent einsparen.

Prettner, die für Gesundheit und Soziales zuständig ist, sieht Entlastungspotenzial für das Sozialbudget in einer "Entflechtung der Finanzierung". Konkret will sie, dass Bund und Sozialversicherungen mehr Leistungen finanzieren. Das wäre aber nur Kosmetik für das Landesbudget, Zahler bleibt immer die öffentliche Hand.

Das Sozialreferat hat über 200 Einrichtungen oder Vereine unter Vertrag. Man werde alle auf ihre Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Beschäftigungswirksamkeit durchleuchten, kündigt Prettner an. Das Wichtigste sei aber die Qualität von Initiativen. Einen vorläufigen Stopp gibt es beim Bau von Pflegeheimen. Was es mit Prettner und ihrer Partei "sicher nicht geben wird", ist die Wiedereinführung des Pflegeregresses, der Kostenbeiträge für Angehörige von Heimbewohnern. Für Vertreter von Heimbetreibern ist die mit Mai erfolgte Abschaffung "bei dieser Finanzlage des Landes ein politischer Unsinn der Extraklasse". Prettner argumentiert, dass abgesehen von der Belastung der Betroffenen die Einnahmen in keiner vertretbaren Relation zum hohen Verwaltungsaufwand stehen würden.

Andere Formen

Vom Ausbau alternativer Wohnformen – Hausgemeinschaften, betreutes und betreubares Wohnen – versprechen sich Experten, dass die durch die demografische Entwicklung verursachte Kostensteigerung zumindest gedämpft werden kann. Der Ausbau mobiler Dienste kann den Bedarf an stationärer Pflege senken. Weil die Selbstbehalte in Kärnten zu den höchsten in Österreich zählen, sind aber höhere Zuschüsse des Landes gefordert. Dies auch, um den nicht wirklich überblickbaren privaten Pflegebereich mit ausländischen Kräften in Grenzen zu halten.

Zusammenführung

Neben den Sozial- und Gesundheitssprengeln wurde in den letzten Jahren das Pflege- und Gesundheitsservice eingerichtet. Die verschiedenen Beratungseinrichtungen sollten zusammengeführt werden, um Doppelgleisigkeit abzustellen, die Koordinierung der sozialen Dienste zu verbessern und dadurch Geld zu sparen.

Expertenmeinung

Valid Hanuna, Betriebsratsvorsitzender der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärnten (AVS), vertritt 1450 Mitarbeiter: "Es ist an der Zeit, dass nicht nur die Bedürfnisse der Klienten, Angehöriger und Finanziers berücksichtigt werden, sondern auch die der Beschäftigten im Sozialbereich. Dies sind keine "Protestierer", sondern sehen die Klienteninteressen im Vordergrund. Die Politik darf sich nicht auf diese Einstellung verlassen, sondern hat von sich aus dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen auf gesunde Beine gestellt werden. Ich hinterfrage, ob es korrekt ist, die Leistungen, die durch Steuern finanziert sind, in private und gewinnorientierte Hände zu verlagern?

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass der gesamte Pflegebereich auf reale Füße gestellt wird und die Berufe an Attraktivität gewinnen. Ohne Personal mit entsprechender Ausbildung gibt es keine Lösung. Geld ist in Österreich zur Genüge da. Es muss nur effektiv verwendet werden."

Zahlen & Fakten

375 Millionen Euro ist 2013 im Landesbudget allein für den Sozialbereich vorgesehen. Mit den Ausgaben für die Wohnbauförderung und die Wohlfahrt beläuft sich das Budget auf 522 Millionen.

7200 Beschäftigte sind in Kärnten im Behindertenbereich, in der Jugendwohlfahrt und in der Pflege tätig. Damit ist der Sozialbereich einer der größten Arbeitgeber im Land. Daneben gibt es noch 3200 offiziell gemeldete gewerbliche ausländische Personenbetreuer.

5000 Pflegebetten in Heimen gibt es. Derzeit sind 400 nicht belegt. Die mobilen Dienste betreuen 7300 Menschen. Die offiziellen ausländischen Pflegekräfte versorgen rund 1800 Personen.